

Fraktion im Rat der Stadt Bornheim

FDP-Fraktion Bornheim, Rathausstr. 2, 53332 Bornheim

Herrn Bürgermeister
Wolfgang Henseler
Vorsitzender des Stadtrats
Rathausstr. 2
53332 Bornheim

Fraktionsgeschäftsstelle

Rathausstr. 2
53332 Bornheim

Telefon 0 22 22 / 99 44 50
Fax 0 22 22 / 99 44 52

fraktion@fdp-bornheim.de
www.fdp-bornheim.de

Bornheim, 08. November 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit stellen wir für die kommende Sitzung des Rates am 11.11.2010 den folgenden Ersetzungsantrag zu Tagesordnungspunkt 3 (Vorlage 394/2010-4):

Eltern beteiligen – Alternativen vorstellen: Weiterentwicklung des Schulstandorts Merten

Beschlussentwurf:

Der Rat beschließt zum Schuljahr 2011/2012 weder die Schließung der Hauptschule Merten noch die Beantragung einer Gemeinschaftsschule. Der Bürgermeister wird beauftragt, nach dem nächsten Schuljahreswechsel an den Grundschulen Elternabende für die Klassen 3 und 4 durchzuführen und neutral über die beiden Modelle „Verbundschule“ und „Schulversuch Gemeinschaftsschule“ zu informieren. Um alle Eltern zu erreichen, sollen die Informationen auch schriftlich zur Verfügung gestellt werden. Anschließend findet eine Elternbefragung statt, über deren Ergebnis der Rat unmittelbar informiert wird, um im November 2011 die Entscheidung zu treffen, ob die Hauptschule Merten zum Schuljahr 2012/2013 in eine Verbundschule oder Gemeinschaftsschule umgewandelt wird.

Begründung:

In der Sitzung des Schulausschusses am 4.11.2010 ist deutlich geworden, dass die Hauptschule Merten, die Stadtverwaltung sowie alle Fraktionen des Rates eine Weiterentwicklung des Schulstandorts Merten wünschen. Das pädagogische Konzept der Hauptschule wird von allen Beteiligten als Grundlage für das weitere Verfahren akzeptiert.

Die Eile, mit der die Hauptschule in Merten geschlossen und eine Beteiligung am „Schulversuch Gemeinschaftsschule“ angestrebt wird, ist nach Ansicht der FDP-Fraktion nicht verhältnismäßig. Die Hauptschule in Merten ist nicht akut in ihrem Bestand bedroht, so dass eine Schließung zum kommenden Schuljahreswechsel nicht angebracht ist. Den Eltern wurde vor dem geplanten Beschluss des Rates keine Gelegenheit gegeben, sich über die Gemeinschaftsschule und Alternativmodelle wie die Verbundschule zu informieren. Zudem soll die Befragung erst nach dem Grundsatzbeschluss des Rates durchgeführt werden.

Auch nach der Sitzung des Schulausschusses konnten einige Fragen noch nicht geklärt werden, die für eine sachgerechte Beratung unerlässlich sind. Insbesondere die „gymnasialen Standards“ und die Bedeutung für das Leistungsniveau der Schule, die Struktur des Kollegiums und die Auswirkungen auf das Angebot in Bornheim müssen diskutiert werden.

Nach jetzigem Sachstand ist die FDP-Fraktion der Auffassung, dass eine Verbundschule das richtige Modell zur Weiterentwicklung der Hauptschule Merten ist. Die Verbundschule verbreitert insbesondere das Angebot an Realschulplätzen in Bornheim und stellt die Hauptschule Merten auf ein zweites Standbein. Die gymnasialen Anforderungen, denen die Gemeinschaftsschule unterliegt, müssen nicht erfüllt werden. Zudem basiert das Konzept der Franziskussschule Merten auf dem von allen Fraktionen getragenen Antrag auf Errichtung einer Verbundschule.

Wenn man die Schulministerin beim Wort nehmen darf, würden einer Verbundschule in Bornheim seitens des Landes und der Bezirksregierung keine Steine in den Weg gelegt: „Wir reagieren auf das, was vor Ort gewünscht ist.“

Mit freundlichen Grüßen

gez. Christian Koch, Jörn Freynick, Thorsten Knott, Hans-Martin Siebert und Fraktion